

Nach einem Oberkriener-Vorspiel des „Quintetts Wenzelstein“ in konzertverdächtiger Länge sollte es der Harmonie genug sein – Moderator Michael Zerhusen blies zur Schlacht: „Auf in den Kampf, Companeros!“ Drei politische Recken und eine Reckin erhoben sich sodann vom Weißwurst-Frühstück – am Samstag, auf die

mografischer Wandel feststellbar – von der Chef-Statistikerin wie folgt auf den Punkt gebracht: „Wir werden weniger und wir werden älter.“ Rund 100 Menschen verliere die Stadt Horb pro Jahr, berichtete Carmina Brenner. 2011 seien es sogar 570 Leute gewesen, weil die Bundeswehr die Hohenbergkaserne aufgegeben habe: Militärisches und ziviles Personal zog weg.

desregierung im Nordschwarzwald denkt. Das scheint in Bad Wildbad, wo IHK-Hauptgeschäftsführer Keppler die CDU-Gemeinderatsfraktion anführt, ähnlich zu sein wie in Baiersbrunn. Laut Martin Keppler geht es ums Image: „Sind wir die Region im Wald oder eine Industrieregion?“



Ein Prosit auf das politische Weißwurstfrühstück des CDU-Stadtverbandes Horb, am Samstag bei der Leistungsschau „Neckarwoche“. Von links: IHK-Hauptgeschäftsführer Martin Keppler, Oberbürgermeister Peter Rosenberger, die Präsidentin des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg Dr. Carmina Brenner, der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Peter Hauk und (rechts) der Stadtverbandsvorsitzende Thomas Kreidler (alle CDU). Zweiter von rechts: Moderator Michael Zerhusen. Auf der Bühne im Hintergrund spielte die Musik: das „Quintett Wenzelstein“. Der Marsch geblasen wurde aber nicht dem Publikum, sondern der grün-roten Landesregierung. Bild: Kuball

## Einige CDUler als einige CDUler

Musikalische und parteipolitische Harmonie

Mittagszeit hin – und folgten ihm auf die Bühne der Horber Leistungsschau „Neckarwoche“.

Um es vorwegzunehmen: Weitere Schlachtrufe waren nicht zu vernehmen, denn es standen sich gegenüber, pardon, zur Seite: Oberbürgermeister Peter Rosenberger von der CDU, Landtagsfraktionsvorsitzender Peter Hauk, von der CDU, die Präsidentin des Statistischen Landesamtes Dr. Carmina Brenner von CDU sowie der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Nordschwarzwald Martin Keppler von (Sie ahnen es schon...) der CDU. Eingeladen hatte auch die CDU – der Stadtverband Horb.

Zwar hätten alle die – kraft Parteibuch – Christdemokraten trotzdem von der Streitlust besetzt sein können, nachdem die Steigerung von einem Feind bekanntlich der Todfeind und schließlich der Parteifreund ist... Aber es war schließlich kein Parteitag, auf dem um wahltaktisch vielversprechende Antworten gerungen werden wäre – auf die Frage: „Quo vadis ländlicher Raum?“ Für die Nicht-Lateiner im wissensdurstigen Publikum, unter das sich mit fortschreitender Zeit hungrige Zuhörer mischten, übersetzte Michael Zerhusen die Leitfrage: „Ländlicher Raum – wo gehsch na?“

Was die jungen Leute, vor allem jene in den 30er-Jahren betrifft, konnte die Präsidentin des Statistischen Landesamtes eine eindeutige Antwort geben: Sie ziehe es in die Städte, sagte Carmina Brenner – „und sie kommen nicht mehr zurück, um im Garten des Vaters ein Häusle zu bauen“. Und weil es infolge zurückgehender Geburtenzahlen obendrein nicht mehr so viele junge Leute gibt, ist ein de-

Bad Rippoldsau-Schapbach hat's noch schlimmer erwischt, wie der Landtags-Chef der CDU, Peter Hauk, wusste: In zwei Jahrzehnten habe sich dort die Bevölkerung „fast halbiert“. Horbs OB Peter Rosenberger betonte: „Wir tun unheimlich viel dafür, um uns gegen diesen Trend zu stellen.“ Horb biete beispielsweise eine Kinderbetreuung wie in Zentren, bereits für Kinder unter drei Jahre.

Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid (SPD) scheint die Landflucht der jungen Leute, deren Umkehr von der CDU als politische Herausforderung begriffen wird, zum politischen Konzept erhoben zu haben. Insbesondere mit zwei Sätzen hatte er auf seinen Sommerurlaub hin für Aufsehen gesorgt: „Bildung und Betreuung sind wichtiger als die Frage, ob es einen Bauern mehr oder weniger gibt.“ Und: „Dann wächst im Schwarzwald halt mal ein Tal zu.“ Damit konfrontierte Moderator Zerhusen die CDU-Vertreter.

Carmina Brenner wies darauf hin, dass sich die Zahl der Landwirte in Baden-Württemberg zwischen den Jahren 2000 und 2010 halbiert habe: „Mit der Landwirtschaft allein kommt fast niemand mehr über die Runden“ – ergänzend würden Hofläden betrieben, Ferien auf dem Bauernhof angeboten oder es werde Energie (Biogas) erzeugt. Einer „funktionierenden Landwirtschaft“ bedürfe es dringend, damit die Täler gerade nicht zu wachsen, betonte Peter Hauk. „Ich bin Förster von Beruf“ – was mit seiner Leidenschaft zu tun habe: „für Bäume und Wald“. Aber zuviel davon sei nicht gut.

Zuviel kriegte mancher CDUler auch, wenn er an die Nationalpark-Pläne der grün-roten Lan-

den ländlichen Raum und die Unterscheidung zwischen CDU und grün-roter Landesregierung eine Rolle spielen. Die Peters (Hauk und Rosenberger) forderten mehr Straßenausbau ein und sie hoben die Bedeutung des Bahnprojekts „Stuttgart 21“, inklusive Gäubahn, für einen schnelleren Flughafen-Anschluss der Stadt Horb hervor.

Hauk erinnerte an „einen Minister im Landkreis“, der neben dem Verkehrsminister am Kabinettsitz saß...: „Er hätte längst seine Stimme in Sachen Infrastruktur erheben müssen.“ Der Fraktionsvorsitzende aus dem Landtag spielte auf den Ehemann der früheren CDU-Kreisvorsitzenden Conny Mayer-Bonde aus Baiersbrunn an: auf Alexander Bonde, der wie Verkehrsminister Winfried Hermann bei den Grünen ist.

Im Bereich der Bildungspolitik offenbarte Hauk, dass er begrifflich immer noch nicht im grün-roten Zeitalter angekommen ist: Er sprach von einem „Einheitsschul-

experiment“ (womit er mutmaßlich die Gemeinschaftsschulen meinte), das „den Kindern und Jugendlichen nicht gerecht wird“. Seiner Meinung nach wäre es „jammerschade“, wenn sich diese Schulform in Baden-Württemberg etablieren würde. Dann ließ er anklagen, dass die Landes-CDU im Jahr nach ihrer historischen Wahlniederlage das dreigliedrige Schulsystem nicht mehr als alternativlos betrachtete: Ob in einem „differenzierten Schulwesen“ künftig „alle getrennt sein müssen, steht auf einem anderen Stern“, meinte Hauk. Auf dem Weg zum „Mittleren Bildungsabschluss“ könnten Schüler „auch unter einem Dach“ unterrichtet werden.

Martin Keppler hob die dezentrale Berufsschulstruktur hervor – die Nähe zu den fachlich zuständigen Schulen entscheide mit über die Attraktivität der entsprechenden Lehrberufe. Darüber hinaus sei es „für Unternehmen immens

wichtig“, dass eine „Gesundheits- und Sozialinfrastruktur“ den Standort für Fachkräfte attraktiv mache. Dazu würden Krankenhäuser und die medizinische Versorgung darüber hinaus gehören. Zum Ist- oder Noch-Zustand der Leistungsschau-Stadt insgesamt sagte Keppler: „Horb hat eine hervorragende Standortqualität.“

Nach einer Pause mit Oberkrienermusik versuchte Michael Zerhusen frischen Wind in die Diskussion zu bringen – mit dem Thema Windkraft. Und mit Erfolg: Es tat sich zumindest mal dem Prinzip nach eine Meinungsverschiedenheit auf! Wobei sie nicht publikumswirksam wurde... Peter Hauk sagte, Windräder sollten in Süddeutschland die Ausnahme bleiben und nur dort gebaut werden, „wo der Wind mit deutlich mehr als sechs Metern pro Sekunde weht“. Peter Rosenberger hält hingegen – vorbehaltlich der letzten Gutachter-Ergebnisse – einen Windpark im Horber Waldgebiet

„Großer Hau“ für sinnvoll, wo in 140 Metern (Naben-)Höhe keine Windhöffigkeit von sechs Metern pro Sekunde herrscht. Am Samstag beschränkte er sich darauf, die Windpark-Diskussion zu erwähnen – verbunden mit dem Ziel, dass Horb klimaneutrale Kommune und damit unabhängig „von äußeren Faktoren“ werden wolle. Energieautark zu sein, sei ein Qualitätsmerkmal für den Standort.

Da Wind- und Solarstrom nicht planbar produziert werden könnten, müssten Energiespeicher geschaffen werden, sagte Peter Hauk: „Wasserspeicher für den großtechnischen Bereich.“ Für sie sei Baden-Württemberg prädestiniert – er nannte Forbach und den Südschwarzwald als Beispiele. In einer Schlussrunde beschworen die CDU-Vertreter noch die Einigkeit in Landkreis und Region, um in Stuttgart gehört zu werden, sowie die Innovationsfähigkeit – dann traten die „Companeros“ kampflös ab. ANDREAS ELLINGER

## Für Basisdemokratie

Horbs CDU beteiligt Nicht-Mitglieder an Politik

Der Horber CDU-Stadtverband sucht das Gespräch mit Bürgern – nicht nur bei der Leistungsschau „Neckarwoche“, sondern auch in Arbeitskreisen, die für Nicht-Mitglieder offen stehen.

Horb. Die ökologische Entwicklung in der Region, die Klimaneutrale Kommune Horb, die Integration ausländischer Mitbürger und der Ausbau der Kleinkindbetreuung sind nur einzelne Beispiele für Themen, mit denen sich die Horber CDU in drei Arbeitskreisen befasst: Stadtentwicklung und Verkehr, Umwelt und Energie sowie Familie und Soziales. Darunter seien „Zukunftsthemen“, die „vielleicht nicht immer mit der CDU in Verbindung gebracht“ worden seien, sagte Oberbürgermeister Peter Rosenberger am Freitag im „Schiff“ bei der Stadtverbandsversammlung: „Aber wir besetzen sie.“

Bei der Horber Leistungsschau hat die CDU eine Meinungsumfrage unter Bürgern gestartet, wie Vorsitzender Thomas Kreidler berichtete – eine Umfrage zu Energie, Verkehrsinfrastruktur, schnellen Datenetzen, der Verständlichkeit der politischen Entscheidungsprozesse und zu Bürgerentscheiden. Es geht „um mehr Basisdemokratie“, sagte der OB.

CDU-Chef Kreidler will Glaubwürdigkeit hinzugewinnen, indem der Stadtverband verstärkt abseits von Wahlterminen aktiv wird – wie es bei der „Energie-Tour“ durch den Landkreis geschehen sei. Da vom Kreis- und Landesverband außerhalb des Wahlkampfes aber kein Geld fließe, hat Kreidler der Landespartei wenigstens 20 CDU-Schals abgeschwätzt, die er nach der Mitgliederversammlung ver-

kauft hat, um den Stand bei der „Neckarwoche“ zu finanzieren. Umgekehrt werde bald mehr Mitgliedergeld auf die Landesebene abfließen, weil jene ihre Geschäftsstelle ausbaue: Um verstärkt Informationen für die Landtagsfraktion erarbeiten zu können, die von den Info-Quellen in den Ministerien abgeschnitten sei. Kreidler merkte an: „Opposition zu machen, haben wir immer noch nicht so ganz gelernt.“ Manchmal müssten „Dinge auch opportunistisch und populistisch“ thematisiert werden – in der Opposition „musst Du es ja nicht umsetzen...“

Kreidler ist in geheimer Wahl einstimmig als Vorsitzender bestätigt worden. Wiedergewählt wurde auch Vize Gerd Munding. Neuer Schriftführer ist Johannes Kettenbogen (Ute Bischof-Friesch hatte das Amt während der Wahlperiode aus persönlichen Gründen niedergelegt). Als Beisitzer bestätigt wurden Janet Bok, Dr. Carmina Brenner, Kai-Uwe Gräschus, Alexander Guth, Christina Hertweck, Rolf Weber und Rainer Welsch. Neu als Beisitzer gewählt sind Kreisbaugewerkschaftsleiter Gerhard Fasnacht, Mühlingens Ortsvorsteherin Monika Fuhl, Campingplatz-Betreiber Reinhold Kuch, Stadt- und Kreisrat Michael Laschinger sowie Falkner Jürgen Meyer. Damit seien „über zehn Prozent der Mitglieder des Stadtverbandes“ im Parteivorstand, freute sich Thomas Kreidler, der obendrein vier Stabsstellen eingerichtet hat: Alexander Ender soll sich um „Mitgliederwerbung und Jugendkonzeption“ kümmern, Jörg Helber um „Marketing und Kreativ-Input“, Rolf Dietrich Huber um „Gestaltung und Außenauftritt“ sowie Kai Gläser um „Pressearbeit und PR“.

## „Das ist der nackte Wahnsinn“

CDU-Landesvorsitzender Strobl ist ob der grün-roten Schuldenpolitik fassungslos

Die Haushaltspolitik der grün-roten Landesregierung („Das ist irre!“) lässt den CDU-Landesvorsitzenden Thomas Strobl mehr verzweifeln als die Auswirkungen der griechischen Schuldenkrise auf die EU: „Europa ist nicht nur der Euro!“

ANDREAS ELLINGER

Horb. Nicht nur wegen des fünfjährigen Türkei-Urlaubs von Landesfinanzminister Nils Schmid (SPD) habe die Landesregierung zuletzt kein gutes Bild abgegeben, stellte Thomas Strobl fest, als er am Freitag vor der CDU-Stadtverbandsversammlung im Gasthaus „Schiff“ referierte. Doch in Anbetracht der Haushaltsplanung „wäre es vermutlich am Besten gewesen, wenn Schmid noch ein bisschen im Urlaub geblieben wäre“...

Trotz Steuer-Mehreinnahmen in Höhe von zwei Milliarden Euro wolle Grün-Rot in diesem und im nächsten Jahr (zusammen) drei Milliarden neue Schulden machen: „Das ist der nackte Wahnsinn.“ Bis 2020 seien jedes Jahr neue Schulden geplant, bis es dann rund 50 Milliarden seien, 25 Prozent mehr als heute. Bayern und Sachsen tilge hingegen, sagte Strobl: „Das ist die Liga, in der wir spielen müssten.“ Nachhaltigkeit gebe es nicht nur bei den Bienen im Ministerpräsidenten-Park. „Im übrigen ist er nicht als Imker gewählt worden...“ Winfried Kretschmann sei mit dem Haushalt selbst nicht zufrieden, so Strobl: „Wenn man nicht recht zufrieden ist, muss man das ändern. [...] Das ist sein Haushaltsplan!“

Vom Landesverkehrsminister berichtete der CDU-Chef, was ihm

ein Geschäftsführer nach einem Gespräch mit Winfried Hermann erzählt habe. Auf die Klage über die örtliche Verkehrssituation habe der Grüne gesagt: „Wenn's Ihnen an dem Standort nicht passt, dann müssen Sie sich einen anderen Standort suchen.“ Die CSU werde sich über solch eine Politik im Nachbarland freuen, sagte Strobl, der es so weit nicht kommen lassen will: „Da muss sich nicht die Firma einen anderen Standort suchen, sondern der Minister!“

Beim Bundesverkehrsminister sei der Grünen-Politiker übrigens durchaus beliebt, meinte Strobl. Dessen Finanzierungswünsche im Radwegebau bewillige Peter Ramsauer relativ gerne, weil das viel günstiger sei als der Straßenbau, den Hermann nicht mit dem notwendigen Nachdruck einfordere. Und der „ominöse Kriterienkatalog“ für den Landesstraßenbau, den Oberbürgermeister Peter Rosenberger als Benachteiligung des ländlichen Raumes kritisiert hatte, nannte Strobl schlicht „irre“.

Vom Verkehrswegegesetz – unter anderem – hängt der wirtschaftliche Erfolg ab. Diese Unternehmensstruktur aus Mittelstand und Familienbetrieben habe dazu geführt, dass Baden-Württemberg „sehr gut aus der Krise herausgekommen“ sei, erklärte Strobl. Er erinnerte an das Jahr 2008, als man „nicht gewusst“ habe, „ob aus dem Geldautomaten am nächsten Tag noch Geld kommt“. Das habe eine und obendrein eine relativ kleine Bank ausgelöst, die zahlungsunfähig wurde: die US-Bank „Lehman Brothers“. Und „jetzt geht es um ein ganzes Land“, in Europa: um Griechenland. Jene, die „ein Ende mit Schrecken“, also ein Ende der

Griechenland-Hilfe einfordern, warnte Strobl: „Ihr kennt den Schrecken nicht.“ Er bekannte sich zu einer Solidarität, die an Solidarität geknüpft ist. Es sei „nicht wenig“, was die griechische Regierung unternehme: „Die Zumutungen gegenüber Arbeitnehmern und Rentnern möchte ich bei der Bevölkerung nicht vertreten müssen...“ Die „Vergemeinschaftung der Schulden“ in der Europäischen Union, wie sie der designierte SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück gefordert habe, sei jedoch keine gute Alternative, sagte Strobl: „Wir hätten sofort höhere Zinsen.“

Hinsichtlich der bürgerlichen Skepsis in Deutschland gegenüber dem Euro erinnerte der CDU-Landesvorsitzende daran: „Der Euro ist unsere Währung“, vom einstigen CSU-Finanzminister Theo



Thomas Strobl

Weigel entworfen. Abgesehen davon seien die Deutschen zwar „ein starkes Volk, aber auf dem Globus sind wir klein“ – und über wirtschaftlichen Erfolg und Wohlstand werde global entschieden. Auf der Weltkarte, wie sie Schülern im „Reich der Mitte“ (China) gezeigt werde, sei Deutschland „ein kleiner Punkt am Rand, ein Muckenschiss – wenn's überhaupt drauf ist“. Deutschland habe nur mit dem Lautsprecher „Europa“ eine Stimme, die weltweit Gehör finde.

„Europa muss von uns auch als Wertegemeinschaft begriffen werden“, ergänzte Thomas Strobl. Der Freiheitsgedanke, die parlamentarische Demokratie und die soziale Marktwirtschaft seien vom römischen Recht, der griechischen Philosophie und dem christlichen Menschenbild abgeleitet. „Das ist kein Gemeingut auf dieser Welt“ – das gelte es zu verteidigen, zum Beispiel gegen „Millionen Menschen, die an den Islamismus glauben“ und ein Leben wie in Deutschland „verachten“ würden.

### „Schritt vorwärts“ in der Bildungspolitik gefordert

Ex-Schulamtsleiter und CDU-Stadtrat Andreas Bronner hat an den CDU-Landesvorsitzenden Thomas Strobl appelliert, „einen Schritt vorwärts“ in der Bildungspolitik zu gehen. Die CDU habe es in ihrer Regierungszeit versäumt, „bei Zeiten den Blick auf die Ganztagschule zu richten“ und das dreigliedrige Schulsystem in ein zweigliedri-

ges umzuwandeln. „Die Eltern wollen die Hauptschule und die Werkrealschule nicht mehr“, sagte Bronner. Die Gemeinschaftsschule der grün-roten Landesregierung werde auf dem Land als Rettungsanker begriffen, um Schulen zu erhalten. Bayern habe beispielsweise die Mittelschule eingeführt. „Es wird höchste Zeit, dass die CDU sagt, welchen Weg sie in der Bildungspolitik gehen will.“ Gegen die Gemeinschaftsschule zu sein, genüge nicht, bestätigte die geschäftsführende CDU-Kreisvorsitzende und Lehrerin Gabriele Reich. „Es ist für uns an der Basis wichtig, zu wissen, was wir den Leuten erzählen können.“ Thomas Strobl: „Die Landtagsfraktion arbeitet daran.“ ael